

Niederschrift

über die 7. Sitzung der Stadtvertretung am Donnerstag, 25. März 2010
(mit nichtöffentlichem Teil)

Beginn: 15:00 Uhr
Ende: 17:40 Uhr

Unterbrechungen: keine

Anwesenheit:	Soll:	43	Mitglieder der Stadtvertretung
	Ist:	39	Mitglieder der Stadtvertretung
		90,7	%

Entschuldigt fehlten: Ratsfrau **Klopsch** (DIE LINKE)
Ratsherr **Pissarek** (SPD)
Ratsfrau **Strunk** (SPD)

Unentschuldigt fehlte: Ratsfrau **Rambow** (fraktionslos)

Anwesenheit des Oberbürgermeisters und der Stellvertreter:

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister
Herr **Walter**, Beigeordneter und 1. Stellvertreter
Herr **Modemann**, 2. Stellvertreter

I. Eröffnung und Begrüßung

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, eröffnet die 7. Sitzung der Stadtvertretung und begrüßt die Mitglieder der Stadtvertretung und die anwesenden Gäste.

Ratsfrau **Malchow** (DIE LINKE) nimmt für Ratsfrau Klopsch im Präsidium Platz.

II. Einwohnerfragestunde

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, weist darauf hin, dass entsprechend Geschäftsordnung der Stadtvertretung die gesamte Sitzung aufgezeichnet wird und bittet, bei Wortmeldungen eines der Mikrofone im Saal zu benutzen.

Herr Ottomar **Blum**, Einwohner der Stadt Neubrandenburg, informiert, dass er seit 4 Jahren für eine Beleuchtung an der Treppe am Zuweg zum Hochhaus Kirschenallee 1-7 kämpft. Er habe den Oberbürgermeister angeschrieben und nach über einem Jahr eine Antwort erhalten. Eine Rückantwort kam auch von der Friedhofsverwaltung und von Herrn Benischke, dass es finanziell nicht möglich wäre, eine Beleuchtung zu schaffen. Das sehen die Mieter des Hochhauses nicht ein, denn es sei ein Sicherheitsproblem. Es könne nicht sein, dass es 4 Jahre dauert, bevor eine vernünftige Antwort kommt. Auch habe er geschrieben, dass Herr Gansewig von der neuwoba seine Bereitschaft erklärt hat, zu unterstützen. Auch da kam keine Antwort. Herr Blum bittet um eine Antwort, wie sich das in Zukunft regelt.

Des Weiteren informiert Herr Blum, dass er Seniortrainer in der Stadt sei und es störe ihn, dass Mittel für die ehrenamtliche Tätigkeit regelmäßig gekürzt werden. Das könne und dürfe nicht sein. Habe das Seniorenbüro 2005 noch 53.200 Euro erhalten, waren es 2008 nur noch 18.150 Euro.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, bezieht sich auf die zweite Frage und meint, dass das eine Mahnung auch an die Stadtvertreter war, insbesondere bei der Haushaltsaufstellung die Belange des Ehrenamtes noch stärker in den Blick zu nehmen. Es sei aber bekannt, wie kompliziert das in der gegenwärtigen Haushaltssituation ist.

Bezüglich der Problematik Beleuchtung entschuldige er sich dafür, wenn Herr Blum solange auf eine Antwort warten musste und werde den Vorgang prüfen. Herr Dr. Krüger sagt eine schriftliche Antwort zu.

III. Feststellung der Beschlussfähigkeit

- **Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung**
- **Feststellung der Anwesenheit**

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, stellt die ordnungsmäßige Einladung fest (Postausgang 16.03.10). Die Anwesenheitsmehrheit wird festgestellt, die Beschlussfähigkeit ist gegeben (vgl. Anlage 1).

IV. Beschluss über die Niederschrift der 6. Sitzung der Stadtvertretung am 28.01.10

Abstimmung: Die Niederschrift wird mehrheitlich bestätigt.

V. Aussprache zum vorliegenden Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

DS V/176	Bericht des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses
1 Ergänzung	und wichtige Angelegenheiten der Stadt
	Einreicher: Oberbürgermeister

Herr **Walter**, Beigeordneter, bezieht sich auf den Bericht des Oberbürgermeisters vom 28.01.10. In diesem sei Bezug auf die Problematik Trennung der Trägerschaft der ARGE genommen und informiert worden, dass auch eine Arbeitsgruppe gebildet wurde, die die damals noch in Rede stehende Trennung der ARGE vorbereiten sollte. Nunmehr sei zu erwarten, dass durch Einigung der Spitzenrunde der Koalitionsparteien die Beibehaltung der Jobcenter in Aussicht gestellt wurde. Somit können auch die Leistungen aus einer Hand und der gemeinsame Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit weitergeführt werden. Das entspreche auch der Petition, die die Stadtvertretung vor Jahren erlassen hatte. Danach sei die Trennung vom Tisch, es soll eine Grundgesetzänderung vorgenommen werden und somit wäre die Arbeitsgruppe Trennung ARGE obsolet. In den Fachausschüssen sei die Trennung der

Trägerschaft kritisch beraten und begleitet worden, außerdem wurden die vermeintlichen Mehrkosten mit angesprochen, die die Trennung verursacht hätte. Am Montag habe die Trägerversammlung ARGE getagt und sich zu den Zielvereinbarungen 2010 verständigt und einen Beschluss gefasst, aber auch der Bericht des Geschäftsführers über das Jahr 2009 sei dort vorgelegt worden –im Wesentlichen positive Ergebnisse: Nach aktuellem Stand gibt es 10.000 Hilfebedürftige in 6.000 Bedarfsgemeinschaften, das seien sehr viele, aber wesentlich weniger als in den Vorjahren. Außerdem konnte resümiert werden, dass die Kosten der Unterkunft von geplanten 20,9 Mio. EUR im Ergebnis auf 20,3 Mio. untererfüllt wurden, sodass dort auch Potenziale freigesetzt wurden. Die Trägerversammlung habe sich bereits 2009 dazu verständigt, die Jobcenter als vorrangige Form der Betreuung dieser gemeinsamen Arbeit zu favorisieren. Insofern werde jetzt auf die konkreten Gesetzesänderungen gewartet. Anschließend werde die Stadtvertretung informiert, wie die Verwaltung oder die ARGE darauf reagieren will.

Ratsherr **Stieber** (SPD) bezieht sich auf den Punkt 2.5.3 – Festsetzung der Aufnahmekapazität an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen. Aus der Kapazitätsverteilung ergeben sich einige grundlegende Fragen, die sich darauf beziehen, ob diese Kapazitäten innerhalb des Schulentwicklungsplanes durch den Schulträger richtig geplant wurden. Die erste Frage beziehe sich auf das Konstrukt des Einsteingymnasiums in Beziehung mit dem ehemaligen Lessinggymnasium. Im Einsteingymnasium befinden sich genügend Kapazitäten für die Schüler, trotz allem müsse sich das Einsteingymnasium mit dem Lessinggymnasium die Schüler teilen.

Ein zweites Beispiel: Aus der IGS müssen fast 60 Schüler umgeleitet werden, da das Gebäude zu klein ist. Das Schulamt legte für die IGS daraufhin sogenannte Einzugsgebiete fest, die seiner Meinung nach in einem Widerspruch zur freien Schulwahl stehen, die vom Land proklamiert werde.

Ratsherr Stieber rege an zu prüfen, ob das vorgegebene Schulnetz so dauerhaft sinnvoll angelegt ist, denn nächstes Jahr werde man auf dieselben Probleme treffen.

Ein drittes Beispiel sei die gleichzeitig freiliegende Kapazität in den Regionalen Schulen Ost und am Reitbahnweg. Er stelle sich die Frage, ob es sinnvoll ist, die Eltern zu zwingen, die aufgrund der Lage ihrer Wohnung ihre Kinder eher nicht dorthin schicken möchten. Das werde so nicht funktionieren, denn aus den gleichen Gründen seien schon auf dem Datzeberg und auf dem Lindenberg die Schülerzahlen kleiner geworden und die Eltern haben sich von diesen Gebieten abgewandt.

Die Kapazitäten für die Schulen seien mit Schulleitern entsprechend der Schulprogramme auf Grundlage der vorliegenden Schulentwicklungsplanung abgestimmt worden, informiert Frau **Martin**, Abteilungsleiterin Schule, wobei die vorgegebenen Kapazitäten sich immer an dem Gebäude richten. Es bestand die Aufgabe dafür Sorge zu tragen, dass Schüler im Gebäude unterrichtet werden, wo die Gebäude sicher sind. Es gibt Baugenehmigungen für die Gebäude, so sei beim Lessinggymnasium zu berücksichtigen gewesen, dass die Räume kleiner sind als z. B. beim Lessinggymnasium, das den Anbau mit dem Fachraumtrakt bekommen hat. Beim AEG konnte ein großer Bereich für den Ganztags-schulbereich ausgebaut werden. Mit den Anmeldungen für das neue Schuljahr sei ganz klar die Strategie aufgegangen. Das Gebäude sei saniert und übergeben worden. Im letzten Jahr musste das Lessinggymnasium als Gymnasium geschlossen und dem Sportgymnasium angegliedert werden, weil sechs Anmeldungen gefehlt haben. In diesem Jahr seien die Effekte erreicht worden, es gibt eine ausreichende Schülerzahl (über 80 Anmeldungen).

Für die IGS gab es über viele Jahre sehr wenige Anmeldungen, das habe sich mit der Sanierung schlagartig geändert. Bei der IGS seien keine Einzugsbereiche festgelegt worden. Die IGS sei als Schule am Einzelstandort, wo man sich hätte bewerben können. Die Schule sei durch den Umbau eine ausgezeichnete Schule geworden, eine richtige Campuslösung: ein Sportplatz, eine ausgezeichnete neue Turnhalle, ein wunderbares Schulgebäude mit einem großzügig gebauten Ganztags-schulbereich. Die schulischen Bedingungen, gerade im weiterführenden Bereich, seien jetzt nicht vergleichbar, darum seien so viele Anmeldungen vorhanden und es müsse umgelenkt werden. Die Umlenkungen werden durch das Schulamt vorgenommen, aber es gehe nicht nach Einzugsbereichen, hier sind die Wege ausschlaggebend.

Bezogen auf die Frage zum Bereich der Regionalen Schule sei zu sagen, dass in diesem Jahr mit der 12. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung die Teilung der Regionalschule Mitte und der Regi-

onalschule Nord (Am Dükerweg) zum 01.08.2010 vorgenommen wird. Sie werden perspektivisch zum Nordbereich geführt, der im Moment noch für Eltern unattraktiv ist, aber attraktiv gemacht werden soll. Es stehe auf der Prioritätenliste der 12. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung, das Gebäude zu sanieren. Auch die 8. Regionalschule in der Oststadt stehe auf der Prioritätenliste der Sanierung. Die Kapazität des Gebäudes konnte nur so festgelegt werden, wohl wissend, dass es dort einige Freiräume gibt, weil unter dem Aspekt der freien Schulwahl keiner wusste, wie die Anmeldungen laufen und die Möglichkeit bestehen würde, noch Umlenkungen in die Oststadt vorzunehmen. Mit dem Neubau werde das korrigiert, es werde dort keine so große Regionale Schule gebaut werden, diese werde dann angepasst.

Um zu beurteilen, ob die Schulentwicklungsplanung der vergangenen Jahre richtig war, müssten längerfristige Zeiträume im Blick sein, betont Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister. Momentan befindet man sich mitten in der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung. Es sei aus der Sicht der heutigen Entwicklung bekannt, welche Standorte langfristig existieren, jedoch seien nicht alle Standorte saniert. Das sei durch Frau Martin deutlich gemacht worden. Die Nachfrage nach Schulen sei in der Tat im erheblichen Umfang vom Sanierungszustand abhängig. Beim damaligen Lessinggymnasium konnten zwei Jahre lang die notwendigen Schülerzahlen nicht erbracht werden, darum musste diese „Fusion“ durchgeführt werden. Nachdem nun das Haus saniert wurde, seien die Anmeldezahlen wieder nach oben gegangen.

Ähnlich sei es nun auch bei der IGS. Es sei lange über die IGS und ihren Standort diskutiert worden. Obwohl das damals sehr kritisch betrachtet wurde, scheint es doch wichtig gewesen zu sein, dass der Standort so gewählt wurde. Denn die Anmeldezahlen der IGS bestätigen, dass der Standort für die IGS jetzt attraktiv ist.

Man sollte sich nicht zu stark von temporären und kurzfristigen Entwicklungen der Anmeldezahlen leiten lassen, wenn die Schulentwicklungsplanung betrachtet wird, sondern es sollte wirklich die längerfristige Entwicklung im Auge behalten und auch weiter kritisch beobachtet werden. Wenn sich daraus neuer Handlungsbedarf ergibt, dann sollte auch gemeinsam darüber gesprochen werden. Das sei eine Angelegenheit, die im übertragenen Wirkungskreis der Oberbürgermeister nach jetziger Lesart allein zu entscheiden hat, werde sich aber möglicherweise mit der Verwaltungsstrukturreform erübrigen. Und dann habe die Stadt zumindest nur noch partiellen Einfluss auf die Schulentwicklung. Insofern plädiere Herr Dr. Krüger dafür, zumindest solange Einflussmöglichkeiten bestehen, sich immer von längerfristigen Entwicklungen leiten zu lassen.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen den Bericht des Oberbürgermeisters zur Kenntnis.

VI. Anfragen

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) stellt im Namen von Frau Henkel, Sprecherin der BI Datzeberg, folgende Frage an den Oberbürgermeister:

Frau Henkel habe von Herrn Hartmann, SIM, erfahren, dass sich der Oberbürgermeister in der gestrigen Dienstberatung für einen plattdeutschen Namen für den zentralen Platz auf dem Datzeberg ausgespreche, obgleich der von den Bürgern gewählte Name für den zentralen Platz „Platz der Familie“ sei. Es sollte demokratisch gehandelt und den Bürgern das Recht gegeben werden, den Platz so zu benennen, wie sie es gern hätten.

Des Weiteren möchte Ratsfrau Bittkau wissen, wann Sie mit einer abschließenden Antwort aus der letzten Sitzung der Stadtvertretung auf Ihre Anfrage zu den LKW-Parkplätzen in der Nordstadt rechnen kann.

Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich 3, erklärt, dass die in der Zwischenantwort zugesagte Prüfung noch nicht abgeschlossen sei. Er werde Ratsfrau Bittkau telefonisch benachrichtigen.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, bestätigt, dass, nachdem die Bürger die Namensgebung in Eigeninitiative vorgenommen haben, das zur Kenntnis genommen und sich damit auseinandergesetzt

wurde. Es gebe aber in diesem Zusammenhang eine Reihe von Fragen. So gebe es eine Satzung, die sich mit der Namensgebung beschäftigt, die völlig ignoriert worden sei. Aus dem Grunde, weil es in der Nähe Namen gibt, die eher auf die Historie, auch auf plattdeutsch hindeuten, sei das in Erwägung gezogen worden. Darüber werde noch zu reden sein. Der Wille der Bürger solle keineswegs völlig ignoriert werden. Es sollte gemeinsam versucht werden, eine Lösung zu finden.

Ratsfrau **Bittkau** bittet um Übergabe der genannten Satzung und um schriftliche Beantwortung der Problematik, damit es Frau Henkel dann hat.

Die Anfrage erhält die Drucksachennummer **V/202**.

Ratsherr **Kowalick** (DIE LINKE) bezieht sich auf die Äußerung des Oberbürgermeisters im Zuge der Haushaltsdebatte, dass geprüft werden soll, ob evtl. eine Klage zum FAG vor dem Verwaltungsgericht in Greifswald durch die Stadt initiiert wird. Gibt es ein Ergebnis dieser Prüfung?

Der Diskussionsprozess sei noch nicht abgeschlossen und es sei nicht ganz einfach, antwortet Herr **Dr. Krüger**. Die Klage werde weiterhin angestrebt, wenngleich sich der Sachverhalt als nicht ganz einfach darstellt und die Erfolgsaussichten möglicherweise als nicht so sehr hoch einzuschätzen sind. Das Problem bestehe vor allem darin, dass, selbst wenn geklagt und die Klage gewonnen wird, ein Auftrag vom Gericht an die Landesregierung ergehen würde, ein neues Gesetz zu erarbeiten. Und ob das dann hinterher besser wird, sei nicht klar. Ein Jahr nach Erlass des FAG sei Zeit, das hinreichend zu prüfen.

VII. Informationen und Mitteilungen

- Bestellung des Kuratoriums der Annalise-Wagner-Stiftung für den Zeitraum 2010 bis 2013 durch den Oberbürgermeister der Stadt Neubrandenburg

Der Stadtpräsident, Ratsherr **Rühs**, verweist auf das ausliegende Informationsmaterial und empfiehlt die Homepage der Annalise-Wagner-Stiftung und übergibt das Wort dem Oberbürgermeister zur Bestellung des Kuratoriums.

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, erläutert, dass die Heimatforscherin, Sammlerin und Autorin Annalise Wagner ihre Lebensaufgabe darin sah, dazu beizutragen der Region Mecklenburg-Strelitz das historische Gedächtnis zurückzugeben. Das testamentarische Vermächtnis von Annalise Wagner verwirklicht heute die Annalise-Wagner-Stiftung. Die gemeinnützige Kulturstiftung Annalise Wagner fördert und unterstützt die Aufarbeitung mecklenburgischer Kulturgeschichte, insbesondere durch die Vergabe des Annalise-Wagner-Preises für Literatur aus oder über die Region. Dort werden jedes Jahr Themen ausgezeichnet, die sich insbesondere mit unserer Region beschäftigen. Es gibt immer wieder eine rege Beteiligung, auch in diesem Jahr läuft der Wettbewerb dazu. Die Organe dieser Stiftung sind der Stiftungsvorstand und das Kuratorium. Dieses Kuratorium besteht laut Satzung aus elf Mitgliedern, die für die Dauer von drei Jahren durch den Oberbürgermeister bestellt werden.

Herr **Dr. Krüger** übergibt die Bestellsurkunden an:

Frau Marlies **Gehm**

Herrn Georg **Huschke**

Herrn Dirk **Kollhoff**

Frau Dr. Diana **Kuhk**

Herrn Dr. Joachim **Lübbert**

Frau Hannelore **Melka**

Frau Gudrun **Mohr**

Frau Susanne **Schulz**
 Frau Gundula **Tschepego**
 Herrn Marco **Zabel** (nicht anwesend, spätere Übergabe)

Herr Dr. Krüger dankt herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht allen für die neue Periode viel Glück und Erfolg zum Wohle unserer Region und zum Wohle der Stiftung.

Ratsfrau **Bittkau** (SPD) nimmt für Rats Herrn Dr. Lübbert im Präsidium Platz.

Rats Herr **Bretschneider** (SPD) informiert, dass er in seiner beruflichen Tätigkeit eine Verbindung zur Partnerstadt Gladsaxe aufgenommen hat. Im Herbst des vergangenen Jahres habe es einen ersten Besuch von Vertretern der Stadt bzw. der Schule aus Gladsaxe gegeben. Nach Ostern werde der Gegenbesuch in Gladsaxe stattfinden, an dem Rats Herr Bretschneider selbst teilnehmen wird, um eine Schulpartnerschaft zu vereinbaren. Rats Herr Bretschneider werde der Stadt und den Stadtvertretern anschließend einen kurzen Ergebnisbericht geben. Er hoffe, dass das ein Beitrag zur Vertiefung der Städtepartnerschaft sein wird.

Herr **Dr. Krüger** bittet die Mitglieder der Stadtvertretung, zuständigkeithalber das Büro der Stadtvertretung zu informieren, wenn sie zu einer der Partnerstädte Kontakt haben, damit die Stadt das entsprechend begleiten kann. Es sei richtig und wichtig, Kontakte aus der Bevölkerung und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu vermitteln und zu unterstützen. Er bedankt sich bei Rats Herrn Bretschneider für die Initiative und bittet, herzliche Grüße in Gladsaxe zu übermitteln.

VIII. Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Zur Einladung einschließlich der Ergänzung und der öffentlichen Bekanntmachung gibt es folgende Änderung:

Der Stadtpräsident, Rats Herr **Rühs**, bittet 1 Änderungsblatt nachzutragen zum TOP 3 DS V/153.

Er schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 1 und 2 (Aufnahme Wehranlage in die UNESCO-Welterbeliste) in verbundener Aussprache zu behandeln.

Rats Herr **Stieber** (SPD) bittet im Namen der SPD Fraktion, den Tagesordnungspunkt 2 (DS V/181 der Fraktion der SPD – Aufnahme der Neubrandenburger Wehranlage auf die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes) von der Tagesordnung zu nehmen.

Damit erübrigt sich die verbundene Aussprache, stellt Rats Herr **Rühs** fest.

Abstimmung über die **Tagesordnung**: mehrheitlich bestätigt.

IX. Abhandlung der bestätigten Tagesordnung

Öffentliche Beratungsgegenstände

TOP 1	V/165	Informationsvorlage Bericht über die Vorbereitung der Einleitung des Antragsverfahrens zur Aufnahme der Mittelalterlichen Wehranlage Neubrandenburg in die UNESCO-Welterbeliste Einreicher: Oberbürgermeister
--------------	--------------	---

Votum:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Diese Informationsvorlage sei eingebracht worden, um die Stadtvertretung über den aktuellen Sachstand zu dem Prozess zu informieren, erklärt Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister. Die Verwaltung beschäftige sich bereits seit mehreren Jahren mit diesem Thema, das dürfte auch nicht ganz unbekannt geblieben und evtl. im Rahmen der Ausschüsse auch behandelt worden sein. Es sei bekannt, dass es einige Damen und Herren in der Stadt gibt, die gerade die Aufnahme der historischen Wehranlage in das Weltkulturerbe seit langem betreiben und auch mit Vehemenz verfolgen. Dazu gebe es sehr unterschiedliche Auffassungen. Bisher haben die Arbeiten, die im Rahmen des Möglichen gemacht werden konnten, dazu geführt, dass es nicht so ganz einfach sein wird, überhaupt in den Kreis der Kandidaten zu kommen und eine ernsthafte Chance auf Aufnahme zu haben. Zum Anderen sei es nicht ganz einfach gewesen abzuschätzen, wie hoch der Aufwand sein dürfte, bevor ein Verfahren erfolgreich abgeschlossen werden kann. Deshalb sei das Thema mit einer gewissen Zurückhaltung verfolgt worden, auch deshalb, weil die Meinungen über die Kosten einer solchen Maßnahme sehr weit auseinander gehen. In der Informationsvorlage sei die Rede von etwa 500.000 EUR bis 600.000 EUR. Nach Gesprächen mit Städten und Regionen, die solche Maßnahmen bereits durchgeführt haben, wird diese Größenordnung eher als zu niedrig eingeschätzt. Es sei zunächst ein Aufwand ins Auge gefasst worden, der in einem überschaubaren Zeitraum als Vorarbeit zu leisten ist. Trotz der Haushaltssituation wolle die Verwaltung das ernsthaft verfolgen. Es sollen nicht nur die Kosten gesehen werden, sondern auch, welche möglichen Effekte damit verbunden sind. Das einzuschätzen, sei sehr schwierig. Die Effekte bestehen nicht nur darin, im Marketing erfolgreich zu sein, sondern zum Teil auch darin, dass erhebliche Auflagen zu erfüllen sind, die auch zusätzliche Kosten verursachen. Das sei jedoch auch von Fall zu Fall unterschiedlich, so gesehen am Beispiel Dresdens. Es seien eine ganze Menge von Aspekten zu beachten, die durchaus einer intensiven Betrachtung bedürfen. Die Verwaltung werde bis zur Sitzung der Stadtvertretung am 18. November 2010 eine Entscheidungsvorlage (wir wollen oder wir wollen nicht) dazu übergeben. Heute könne noch keine abschließende Entscheidung der Verwaltung mitgeteilt werden. Es werde versucht, anhand der Faktenlage besser verifizieren zu können und den Stadtvertretern dann ein Vorschlag gemacht. Theoretisch sei es auch möglich, dass eine völlig offene Abstimmung Pro und Contra erfolgt. Das hielte Herr Dr. Krüger allerdings für kein gutes Verfahren, da daran erhebliche Haushaltsmittel hängen, die spätestens im nächsten Jahr eingestellt werden müssten. Dabei müsste dann ein Modus gefunden werden, wie in einem weiteren Schritt zu einem ganz konkreten Verfahren, mit Haushaltsfestlegungen gekommen wird.

Die Stadtvertretung werde daran auch im Vorfeld intensiv beteiligt, jedoch sei die Faktenlage im Moment noch nicht so hinreichend sondiert, dass der Stadtvertretung mit gutem Gewissen eine Entscheidungsempfehlung gegeben werden kann.

Insofern sei er auch dankbar, dass die SPD-Fraktion ihren Antrag zurückgezogen hat und der Verwaltung die Chance gibt, weiter zu sondieren. Es werde am Ende eine Güterabwägung zwischen Vor- und Nachteilen sein, die gemeinsam zu treffen ist.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) denkt, dass der Antrag der SPD erst mal nur ein Prüfantrag forderte und keineswegs ein Ergebnis. Die Fraktion sei sich durchaus der Dimension bewusst, ohne Zahlen exakt bestimmen zu können, auch mit Blick auf die Folgewirkung. Das gelte es in der Tat abzuwägen. Die Mauer werde nicht schöner und nicht hässlicher, wenn sie im Weltkulturerbe steht, aber man bekomme eine höhere Verbindlichkeit gegenüber diesem Bauwerk. Deshalb könne er diesem Vorgehen zustimmen.

Ratsherr **Fuhrmann** (DIE LINKE) wundert sich, dass nur der Stadtentwicklungsausschuss vor der Stadtvertretung darüber informiert wird. Wenn es um Weltkulturerbe geht, dann

hätte er sich gewünscht, dass der Kulturausschuss auch vorab über diese Informationsvorlage diskutieren kann.

Über die Verweisung in die Ausschüsse entscheide der Hauptausschuss, entgegnet Herr **Dr. Krüger**. Wenn es gewollt wäre, hätte ein Mitglied des Hauptausschusses diesen Antrag auf Verweisung stellen müssen, was in der Regel auch problemlos genehmigt werde. Jedoch gehe es dabei eher um Stadtentwicklungsaspekte, als um den reinen kulturelle Aspekt. Das schließe jedoch nicht aus, dass sich der Kulturausschuss mit einschaltet. Der Hinweis werde „für die nächste Runde“ mitgenommen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) freue sich über diese Informationsvorlage. Es sei ein guter Weg, dass der Oberbürgermeister und die Verwaltung die Stadtvertreter per Informationsvorlage über einen Arbeitsstand informieren und sagen, welchen Weg die Verwaltung weiter beschreiten will. Das könne sie sich zu anderen Themen im Übrigen auch öfter mal vorstellen. Dem Ansinnen stehe die Fraktion DIE LINKE vom Grundsatz positiv gegenüber, jedoch seien noch so viele Fragen abzuwägen, dass die Fraktion den vorgeschlagenen Weg sehr vernünftig findet, zumal ein konkreter Termin steht. Bis dahin sollten noch mal alle Seiten –die kulturellen, die finanziellen, die stadtplanerischen, die stadtbaulichen– abgewogen werden. Über die Fragen der momentanen finanziellen Auswirkungen bei der Antragslage hinaus müsse sehr gut darüber nachgedacht und recherchiert werden, welche anderen finanziellen Auswirkungen ein Anerkenntnis für die Stadt noch haben könnte. Da diese Frage keine geringe ist, habe die Fraktion DIE LINKE die Idee geäußert, die Bürgerinnen und Bürger mit einzubeziehen und über einen Bürgerentscheid die Bürgerinnen und Bürger zu fragen. Nachdem bekannt war, dass es diese Informationsvorlage gibt, habe die Fraktion DIE LINKE einige Anrufe, Briefe und E-Mails bekommen, wo einige Bürger ihre Zustimmung gaben und andere ihre Abneigung verkündet haben. In dem Sinne sollte man auch die Bürgerinnen und Bürger in diese Entscheidung mit einbeziehen, um zu sehen, welche Stimmung es in der Stadt gibt. Es werde dann, angesichts der Haushaltslage, auch entschieden werden müssen, was sich die Stadt nicht leisten kann, wenn das Geld dafür eingesetzt wird. Darum sei nicht nur der Kulturausschuss damit zu befassen, sondern auch der Finanzausschuss. Und noch eine Anregung: Bis zum Herbst sollten die Fachausschüsse regelmäßig informiert werden, wie der Stand der Bearbeitung und Untersuchung ist.

Es gebe bestimmte Dinge, die sich sehr gut für ein Plebiszit eignen. Ob das so ein Thema ist, sei sich Herr **Dr. Krüger** nicht sicher, weil hier sehr viele komplexe Fragen und Fragestellungen verbunden sind, die im Einzelnen nicht so leicht zu überschauen sind, vor allem seien damit auch Haushaltsauswirkungen verbunden.

Herr Dr. Krüger bittet darum, dass die Mitglieder der Stadtvertretung die Informationen in den einzelnen Ausschüssen abfragen, wenn Bedarf besteht, sodass die Verwaltung sich dann auch darauf vorbereiten kann.

Ratsfrau **Dr. Kuhk** (CDU) gibt zur Kenntnis, dass die Mitglieder des Kulturausschusses die Informationsvorlage durchaus zur Kenntnis genommen und sich geeinigt haben, in einer der nächsten Sitzungen diese Thematik unabhängig vom Termin im November zu behandeln. Das war der Wunsch aller, über die Fraktionen hinweg.

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis.

TOP 3

V/153

1 Änderungs-
blatt

Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 37 "An der Tollense"

hier: 2. Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Umweltausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.**Beschlusnummer:** 95/07/10**TOP 4****V/157**Bebauungsplan Nr. 107 "Oststadt/Juri-Gagarin-Ring/Kopernikusstraße"
hier: Aufstellungsbeschluss

Einreicher: Oberbürgermeister

Voten:

Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Umweltausschuss: 9 Dafürstimmen

Ratsherr **Schwanke** (CDU) unterbreitet einen **Änderungsantrag** und begründet diesen. Mit diesem Beschluss werden Einzelhandelsflächen komplett ausgeschlossen, diese Ausschließlichkeit solle mit dem Änderungsantrag etwas gelockert werden, sodass die Möglichkeit offen gelassen wird, dort doch Einzelhandel zuzulassen. Auf dem Gesamtgebiet sollen Investitionen getätigt werden und es müssen Leute mit Geld und Investoren gefunden werden, die dort bauen wollen. Die Schülergaststätte sei ein baulicher schön sanierter Missstand, wenn diese mal entfernt werden würde, dann würde ein Ersatzneubau benötigt werden. Ebenso werde mit dieser Beschlussvorlage restlos ausgeschlossen, wenn beispielsweise Netto und die Bank aus dem Gebäude ausziehen und sich erweitern wollen. Deshalb der Vorschlag, diese Ausschließlichkeit aufzuheben, indem die Möglichkeit offen gelassen wird. Jedoch immer mit der Maßgabe, dass die Verkaufsflächen dort nicht erweitert werden, also im Bestand bleiben.

Der letzte Satz in der Veranlassung soll lauten: „**Auf der Grundlage des „Kommunalen Einzelhandelskonzeptes für die Stadt Neubrandenburg unter besonderer Berücksichtigung der wohnungsnahen Versorgung in den Stadtteilen“ (Beschluss der Stadtvertretung am 08.10.09) und der im vorgenannten Gutachten festgestellten Überversorgung im Wohngebiet Oststadt sollen im Planbereich die allgemein zulässigen Einzelhandelseinrichtungen nur zu gelassen werden, sofern sich die Einzelhandelsflächen dadurch nicht wesentlich vergrößern.**“

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, finde, dass dieser Vorschlag einen gewissen Charme dahingehend entwickelt, dass es jetzt Einzelhandelsstandorte dort gibt und wenn nicht zugelassen wird, dass sie sich eventuell alternativ verbessern, dann werden sie auf ewig versuchen, in der jetzigen Situation weiter zu verharren. Das sei einer positiven Entwicklung möglicherweise auch eher abträglich an diesem Standort.

Der Vorschlag hätte schon im Ausschuss eingebracht und dort diskutiert und eine sachkundige Entscheidung auch im Benehmen mit der Verwaltung vorbereitet werden können. Herr Dr. Krüger sehe sich jetzt außer Stande, ad hoc einen Vorschlag zu machen. Das habe möglicherweise eine Reihe weiterer Aspekte, die nun nicht genau überschaut werden können. Darum schlägt er vor, die Vorlage wieder in die Ausschüsse zu verweisen und beim nächsten Mal zu beschließen, sodass der Ausschuss noch mal die Gelegenheit hat, das intensiver zu prüfen und dann entsprechend aufzunehmen.

Beschluss: Die Vorlage wird mehrheitlich zur Beratung in die Ausschüsse verwiesen.

TOP 5 **V/167** Positionspapier der Stadt Neubrandenburg zum Ausbau der Eisenbahnstrecken (Lübeck) Bützow – Güstrow – Neubrandenburg – Szczecin und Neustrelitz – Neubrandenburg – Stralsund auf 120 km/h
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **96/07/10**

TOP 6 **V/148** Stadtumbau Ost,
Wohngebiet Reitbahnviertel – Programmteil Aufwertung
Projekt: Verlegung eines Teilabschnittes der oberirdisch verlaufenden Fernwärmetrasse, Einsatz von Städtebauförderungsmitteln
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungsausschuss: 9 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **97/07/10**

TOP 7 **V/156** Stadtumbau Ost, Wohngebiet Reitbahnviertel – Programmteil Aufwertung Nordstadt – Ihlenfelder Vorstadt, Programm "Die soziale Stadt"
Projekt: Sanierung Turnhalle Traberallee 20
Einsatz von Städtebauförderungsmitteln
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:
Stadtentwicklungsausschuss: 8 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: **98/07/10**

Ratsherr **Dr. Lübbert** nimmt wieder im Präsidium Platz.

TOP 8 **V/166** Vorschlagslisten der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für das Obergerverwaltungsgericht Mecklenburg-Vorpommern und das Verwaltungsgericht Greifswald für die Wahlperiode 2010 bis 2015
Einreicher: Oberbürgermeister

Ratsherr **Stieber** (SPD) möchte wissen, ob es eine Altersgrenze bei den in Frage kommenden Personen gibt.

Nach dem Gesetz gibt es keine Altersgrenze, informiert Herr **Modemann**, Leiter Fachbereich 3.

Die Bewerber für dieses Amt sollten keine rechtliche oder gerichtliche Ausbildung haben. Dennoch gibt es einen Bewerber mit einem Master of Laws Abschluss. Ratsherr **Bretschneider** (SPD) möchte wissen, ob das möglich ist.

Es gibt nur die Beschränkung, dass man in dem Bereich nicht beruflich aktiv sein darf, teilt Herr **Modemann** mit.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 31 Dafürstimmen, 1 Gegenstimme und 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

Beschlusnummer: 99/07/10

- TOP 9** **V/146** Informationsvorlage
15. Beteiligungsbericht der Stadt Neubrandenburg für das Jahr 2008
Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Finanzausschuss: zur Kenntnis genommen

Die Mitglieder der Stadtvertretung nehmen die Informationsvorlage zur Kenntnis

- TOP 10** **V/154** 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer in der Stadt Neubrandenburg
1. u. 2. Lesung Einreicher: Oberbürgermeister

Votum:

Finanzausschuss: 8 Dafürstimmen

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mit 36 Dafürstimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Beschlusnummer: 100/07/10

- TOP 17** **V/194** Finanzierung der Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz 2010 und Finanzierungsanteil der Stadt Neubrandenburg
Einreicher: Oberbürgermeister

Herr **Dr. Krüger**, Oberbürgermeister, erinnert daran, dass in den vergangenen Sitzungen intensiv über das Thema gesprochen und informiert worden sei. Im Haushalt sei eine Summe eingestellt, die deutlich niedriger war und damit zusammen hänge, dass zurzeit ein Finanzierungsmodell erarbeitet wird. Dieses Finanzierungsmodell werde dazu führen, dass die Stadt Neubrandenburg einen Finanzierungsanteil an der jetzt neu entstehenden Struktur von < 50 % haben wird. Deshalb sei es sachgerecht und richtig gewesen, zunächst 50 % für dieses Jahr einzustellen. Vor einem Jahr seien alle beteiligten Partner intensivst darauf hingewiesen worden, dass die Stadt Neubrandenburg im Jahr 2010 nur noch eine Finanzierung auf Basis eines Finanzierungsmodells machen werde, was ausgewogen, nachvollziehbar und nachhaltig die Finanzierung der Theater und Orchester

GmbH sicherstellt. Das größte Problem der Theater und Orchester GmbH sei, dass es zurzeit keine Regularien und Regelung zur Finanzierung gibt. Das sei im Grunde bisher immer nur auf Good will und Gewohnheitsrechten basierend erfolgt. Solange es noch einen Theatervertrag gab, wurde auf dieser Basis weiter gemacht, jedoch sei schon seit Jahren darauf hingewiesen worden, dass die Finanzierung, wie sie jetzt erfolgt, nicht für gerecht und nicht für ausgewogen gehalten wird.

Im letzten Jahr habe Herr Dr. Krüger deshalb auch die Stadtvertretung darüber informieren müssen, dass er den Theatervertrag, so wie er gestaltet worden ist, nicht unterzeichne. Daraufhin habe dann sowohl das Innen-, also auch das Kultusministerium mit dem Landkreis Mecklenburg-Strelitz und der Stadt Neustrelitz ein solchen Vertrag unterzeichnet, an dem sich die Stadt Neubrandenburg nicht beteiligt hat. Damit war der Vertrag rechtsunwirksam, wenn die Hauptgesellschafterin Stadt Neubrandenburg diesen nicht unterschrieben hat. Das sei auch nach wie vor die Rechtsauffassung der Stadt. Gleichwohl haben sich der Kultusminister und auch andere Partner dazu geäußert, dass dieser Vertrag rechtswirksam sei. Wenn er denn rechtswirksam sei, dann müssten eigentlich der Landkreis Mecklenburg-Strelitz und die Stadt Neustrelitz deutlich höhere Finanzierungsanteile übernehmen. Das habe auch bei den Verhandlungen eine Rolle gespielt, werde aber im Grunde ignoriert. In der letzten in Rede stehenden Verhandlung stand die Stadt vor der Fragestellung, ob die Theater und Orchester GmbH Insolvenz anmelden muss oder eine Finanzierungslösung kurzfristig noch für dieses Jahr gefunden werden kann, die den Betrieb weiter aufrechterhalten lässt. Am Ende sei es dann so gewesen, dass nach vielen Diskussionen die heute vorgeschlagene Lösung gefunden wurde. In dem Verhandlungsprozess sei es gelungen, von einer Summe von über 450.000 EUR für Neubrandenburg jetzt nur 323.000 EUR zu zahlen. Auch das halte Herr Dr. Krüger für nicht gerecht, jedoch sei es die einzige Möglichkeit, für dieses Jahr den Betrieb der Theater und Orchester GmbH sicherzustellen. Es habe Signale aus dem Hauptausschuss gegeben, die ihn darin bestärkt haben, das auch so umzusetzen. Nicht so gut gefunden habe er, dass von verschiedenen Seiten diese Botschaft sehr stark nach außen getragen wurde, was das Verhandeln nicht unbedingt leichter gemacht habe. Unter den gegebenen Umständen sei ein Ergebnis erreicht worden, mit dem Neubrandenburg nicht zufrieden sein kann, was aber nicht hätte besser sein können, wenn davon ausgegangen wird, dass weiterhin alle daran interessiert sind, eine Theater und Orchester GmbH noch bis ins nächste Jahr zu führen und weiter intensiv daran zu arbeiten, ein ausgewogenes nachhaltiges und gerechtes Finanzierungsmodell zu finden. Die Stadt Neubrandenburg sei nur solange bereit diesen Beitrag zu zahlen, wie auch das Gefühl besteht, dass wirklich ernsthaft an der Findung eines solchen Modells und am Abschluss eines Vertrages zu diesem Modell gearbeitet wird. Das sollte abgeschlossen sein, bevor der Haushalt 2011 beschlossen wird, sodass es im Haushalt 2011 vollständige Berücksichtigung finden kann. Abhängig davon werde dann auch sein, wie lange die Finanzierungsbereitschaft durchgehalten wird. Es könne nicht sein, sich wieder, wie im letzten Jahr, zurückzulehnen und durch mangelnde Verhandlungsbereitschaft am Ende wieder finanziell günstiger abzuschneiden. Der Druck müsse aufrecht erhalten werden, um zu einer gerechten Finanzierungslösung zu kommen.

Gleichzeitig setze Herr Dr. Krüger die Stadtvertretung davon in Kenntnis, dass es gestern in dem großen angestrebten Kulturkooperationsraum mit den Partnern Stralsund, Greifswald, Mecklenburg-Strelitz und Stadt Neustrelitz eine Zusammenkunft und Diskussion über weitere Modalitäten gab, wie ein solcher Kulturkooperationsraum geschaffen werden kann. Dabei sei sehr deutlich geworden, dass die Bereitschaft bei allen Partnern dazu vorhanden ist. Das Ganze werde dann dazu führen, dass, in der Fläche verteilt, Produktionsstandorte der Theater und Orchester GmbH erhalten bleiben sollen, nach einer bestimmten Struktur, die langfristig zu Kosteneinsparungen führen wird, dass alle Produktionsstandorte in der gesamten Fläche, auch Bespielungsangebote an allen Spielstätten machen werden. Dazu müsse bald ein Finanzierungsmodell, was dem gerecht wird, gefunden werden. Die Umstrukturierung der dann entstehenden Struktur werde

sicher einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Die Partner seien sich auch einig, dass dies so sozialverträglich wie möglich gestaltet werden soll. Wie weit das dann im Detail gelingen wird, sei eine schwierige Frage. Es gibt dazu auch einen Auftrag eine Studie durchzuführen. Diese sei in Gange und es seien erste Ergebnisse vorgelegt worden. Jedoch sei es ein schwieriger Komplex und ein langer Weg, bevor etwas endgültig gesagt werden kann. Wichtig scheine dabei, relativ schnell zu neuen Strukturen zu kommen, den Prozess der Umsetzung aber auf eine längere Zeitschiene setzen zu müssen, weil das nicht innerhalb von kurzer Zeit geht.

Ratsherr **Dr. Oppermann** (SPD) meint, dass es ein Verhandlungsergebnis, aber noch keinen Verhandlungserfolg gibt. Im November gab es in der Stadtvertretung die Diskussion darüber, einen Antrag zu formulieren „volle Rückendeckung“ für den Oberbürgermeister zu gewährleisten, um in aller Strenge auf eine andere Summe zu verhandeln. Ein Stück weit sei es aber doch ein Erfolg, weil nicht das eingetreten ist, was die SPD nicht in Kauf nehmen wollte, eine Verhandlung mit dem Risiko einer Insolvenz. Es müsse sofort weiter verhandelt werden, denn im Jahr 2011 sehe Ratsherr Dr. Oppermann die Gefahr, dass dieses Thema zwischen den Gebietskörperschaften in den Wahlkampf gezogen wird. Gerade jetzt im Jahr 2010 kann noch im „Vorhof“ der Wahlen verhandelt werden, insbesondere gilt es, die Betriebe selbst zu schützen.

Ratsfrau **Muth** (DIE LINKE) sei froh über diese Vorlage. Es sei schon oft über die Situation der Theater und Orchester GmbH geredet und gestritten worden. Es sei ein Etappensieg im Zusammenhang mit der Frage, ob die TOG erhalten werden kann. Aus der Perspektive, dass weniger Geld gezahlt werden sollte, sei es kein Erfolg, aber etwas anderes wäre nicht gegangen. Heute sei ihr klar: Das, was der Stadtvertretung in den Haushaltsberatungen im Januar und Dezember erzählt wurde, dass „wir relativ schnell und dicht an einer Lösung der gemeinsamen anderen Finanzierung der Betriebskostenzuschüsse dran sind“, sei nicht korrekt gewesen. Ratsfrau Muth habe sich inzwischen sagen lassen, an welchem Modell zur zukünftigen Finanzierung gearbeitet wird. Nach ihren Informationen gab es weder im Januar, noch im Februar, noch im März nur ansatzweise ein „dicht an einer Lösung“. Darum sei es richtig, dass zur rechten Zeit die Bremse gezogen wird in dem Sinne, dass gesagt wird, die Sicherung ist das Allerwichtigste, auch wenn es für die Stadt Neubrandenburg wieder etwas schmerzhaft ist. Es sei bemerkenswert, dass sich auch die Landkreise Demmin und Uecker-Randow beteiligen, auch wenn es eigentlich selbstverständlich sei, aber bisher nicht war. Es komme nun darauf an, dass die Verwaltung die nächsten Monate genauso verhandelt und die Stadtvertreter diesen Prozess begleiten. Denn aus ihrer Sicht habe es in den letzten Monaten in Neubrandenburg ein entscheidendes Problem gegeben in der Begleitung dieses Themas. Die Stadtvertretung müsse viel enger als in der Vergangenheit über die Fachausschüssen an den Fragen beteiligt werden. Ratsfrau Muth bittet darum, die Stadtvertreter zukünftig stärker an die Fragen anzubinden, auch wenn es einen Aufsichtsrat gibt und Aufgabe der Gesellschafter ist. Die Stadtvertreter hätten eine hohe Verantwortung. Der Entwurf des Landes zur Stellungnahme liege ihr vor und Ratsfrau Muth finde es unerhört, dass das Land von der Grundförderung 50 % auf 40 % herunter gegangen ist, was wiederum eine Benachteiligung für die Region bedeutet um ungefähr 1,2 Mio. EUR. Die neue Verteilung im Erlass sei nicht zielführend für die Ziele, die die Landesregierung selbst in ihrem Eckpunktepapier definiert hat. Dass hier kein zukunftssichernder Vorschlag gemacht wurde, müsse Neubrandenburg als Kommune auch noch mal deutlich zum Ausdruck bringen. Ratsfrau Muth glaube nicht, dass dem Oberbürgermeister die Verhandlungen erschwert wurden, weil die Neubrandenburger sehr unterschiedliche Meinungen zu der Frage haben wann, wie und mit welcher Option verhandelt wird. Die Ursachen liegen nicht in der Äußerung anderer, die nicht an der Verhandlung beteiligt sind, sondern mehr darin, wie die Verhandelnden miteinander umgehen. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass ein wenig „geschmeidiger“ miteinander umgegangen wird, aber trotzdem streng in der Ziel-

führung, was die Einsparung betrifft.

Zu der Aussage von Ratsfrau Muth, dass nach ihrer Kenntnis der Stand des Modells nicht so ist, dass er zur Hoffnung hätte Anlass geben können oder müssen, verdeutlicht Herr **Dr. Krüger**, dass am 08.04.2009 ein Gespräch in seinem Büro stattfand, worüber die Stadtvertreter auch in Kenntnis gesetzt wurden. Es lag ein fertig vorliegendes und ausgerechnetes Modell vor, was durchaus nachvollziehbar war und was dem entsprach. Zu diesem Zeitpunkt sei der Beschluss noch nicht gefasst worden, für ein solches Modell und dass das die Grundlage für die weitere Finanzierung sein soll.

Es gab durchaus schon relativ viele Modelle, über die diskutiert wurde, die auch in der Art sehr ähnlich waren. Es seien dann immer wieder neue Fakten aufgeworfen worden und neue Sachverhalte ins Gespräch gebracht worden, was das Ganze nicht wirklich einfach macht. Insofern habe Herr Dr. Krüger eine völlig andere Sicht auf die Dinge und er finde es sehr problematisch, wenn seit Jahren eine andere Finanzierung angemahnt und seit mindestens 1,5 Jahren intensiv daran gearbeitet wird, das umzusetzen und immer wieder neue Erschwernisse ins Spiel gebracht werden. Wenn Ratsfrau Muth von einem „geschmeidigen Umgang“ spricht und der Landrat von Mecklenburg-Strelitz mit Permanenz sagt, er werde keinen Cent mehr zahlen als heute, dann sei auch das kein „geschmeidiger Umgang“. Es sei eine äußerst komplexe und komplizierte Materie und Herr Dr. Krüger sei schon der Meinung, dass es nicht besonders gut ist, darüber in der Öffentlichkeit Forderungen gegenüber der eigenen Verwaltung zu machen, wenn es genau das ist, was die anderen wollen. Das habe die Sache sehr erschwert. Er erinnere daran, dass die anderen darauf bestanden haben, dass Neubrandenburg den vollen bisherigen Betrag weiter bezahlt. Die Stadt Neubrandenburg bezahlt jetzt für das Jahr 2010 immerhin 485.900 EUR weniger als sie ursprünglich sollte (nach Auffassung der anderen). Das könne man als Erfolg werten. Es sei nicht zuletzt der geschmeidigen Verhandlung geschuldet, dass sowohl Uecker-Randow als auch der Landkreis Demmin enthalten sind. Die Summe sei zwar nicht gigantisch, aber dass sie es überhaupt gemacht haben und dass der Landkreis Müritz den vollen Umfang zahlt, den er eigentlich entsprechend seiner Beteiligung zahlen muss, sei ein erheblicher Schritt. Noch hätten sie es in den Vertretungen nicht beschlossen, jedoch werde davon ausgegangen, dass das passieren wird im Interesse der Gesellschaft. Das Verhandlungsergebnis sollte nicht schlecht geredet werden. Es sei nicht das, was, wenn von einer gerechten Situation ausgegangen wird, erwartet werden konnte, jedoch sei es schon eine ganze Menge, was erreicht wurde. Gemessen an anderen Regionen des Landes sei Neubrandenburg relativ weit, auch in der Zusammenarbeit. Diese TOG sei die einzige Theater und Orchester GmbH, wo sich alle Kreise des Bereiches beteiligen, auch durch direkte Finanzierungsbeiträge. Das sei schon ein enormer Erfolg.

In Bezug auf den FAG-Erlass bezüglich der Theater und Orchester GmbH schließe sich Herr Dr. Krüger Ratsfrau Muth an. Er halte es für ein sehr problematisches Angebot, da es all das, was seinerzeit versprochen wurde bei der Bildung der Kulturkooperationsräume, ignoriert und völlig neue Grundlagen offeriert und die TOG wieder schlechter stellt. Die Stadt sei zur Stellungnahme aufgefordert und werde das auch deutlich tun. Herr Dr. Krüger hoffe, dass es am Ende dazu führt, dass mehr FAG-Zuweisungen kommen. Jedoch könne nicht davon ausgegangen werden, da erst mal mit dem gerechnet wurde, was vom Land angeboten wurde. Ansonsten ermuntere er die Stadtvertreter, entsprechend deutlich den Unmut über das FAG-Angebot für die TOG kundzutun.

Ratsherr **Dr. Oppermann** möchte wissen, wie die Perspektive des Verbundes über eine mögliche Kreisgebietsreform und auch die Finanzierungslage aussieht. Wie sieht es in fünf oder sieben Jahren aus? Was für Folgen entstehen dann für die Stadt Neubrandenburg im Rahmen eines Großkreises? Ist dann eine ganz andere Lage zu diskutieren? Momentan werde von verschiedenen Gesellschaftern in verschiedenen Körperschaften ausgegangen, später könne es ein „Kreistopf“ werden.

Zwei Fragen seien hier enthalten, stellt Herr **Dr. Krüger** fest: a) die Zukunft der TOG überhaupt und b) wie sieht es mit der Kreisstruktur aus.

Sowohl die Theater und Orchester GmbH Vorpommern als auch die Theater und Orchester GmbH Neubrandenburg/Neustrelitz werden nach 2011 keine „Überlebenschance“ haben, ohne erhebliche Mehrzuschüsse. Wenn die Zuschussbedarfe nicht angehoben werden, droht die Insolvenz, das sei klar erkennbar (durch Tarifsteigerungen und viele andere Dinge, auch durch das Einfrieren des FAG). D. h. es müsse gehandelt werden, darum auch der Wille, schon in diesem Jahr möglichst zu Strukturentscheidungen zu kommen, was sehr schwer sein wird, und schon zu beginnen, diese Struktur umzusetzen mit den damit verbundenen Personalentscheidungen etc. und dabei, das sei zu Recht angesprochen worden, die Qualität aufrecht zu erhalten. Es gebe strukturelle Fragen zu beachten, die komplex und kompliziert sind. Insofern stecke dahinter noch eine Menge Arbeit, bei Aufrechterhaltung einer hohen Qualität, sonst brauche man das am Ende alles nicht zu machen und könne eine Fremdbespielung organisieren, wenn nicht gesagt wird, dass selbst Kultur produziert werden soll in dieser Region, jedoch in einer, im Verhältnis zu der dünnen Besiedlung in der Region und im Verhältnis zu der Nachfrage nach dieser Kultur, angemessenen Größenordnung. Das werde nur in Zusammenarbeit gehen. Wie das mit einer Kreisgebietsreform ist, sei nicht so einfach zu sagen. Gut sei, dass alle Kreise bereits jetzt im Boot sind. D. h. egal, was passiert, die Beiträge werden, je nachdem wie das Finanzierungsmodell für die einzelnen Kreise aussieht, zusammengelegt. Wenn Neubrandenburg die Kreisfreiheit verliert, steht die Frage, wie sie sich auch schon jetzt für Neustrelitz stellt: Alle anderen beteiligten Städte sind jetzt aus der Struktur herausgegangen. Neustrelitz habe seinerzeit auch die Absicht erklärt auszutreten und ihre Anteile an den Landkreis abzugeben. Eigentlich heiße Aufgabe der Kreisfreiheit auch Abgabe der Beteiligung an dieser Kultureinrichtung in Richtung Kreis und Bezahlung über die Kreisumlage, die deutlich über 20 Mio. EUR betragen wird. Dann müsse der Kreis auch die Theater und Orchester GmbH bezahlen. Die Frage werde perspektivisch gemeinsam zu beantworten sein, ob das auch so gesehen wird oder ein anderes Modell gefunden wird, wo sich Neubrandenburg direkt an der TOG beteiligt, dann habe die Stadt auch direkten Einfluss auf das, was geschehen wird. Jedoch müsste es dann in einem Finanzierungsmodell einen Abschlag geben bezüglich der Kreisumlage. Das werde dann jedoch dem Kreistag und der Stadt Neubrandenburg vorzubehalten sein, gemeinsam eine Abstimmung und einen Modus zu finden. Fakt sei, dass mit der Kreisgebietsreform nicht nur neue Strukturen, sondern auch neue Mitbestimmungsmechanismen und auch neue Finanzierungsmodalitäten entstehen werden, die noch nicht abschließend geklärt sind.

Beschlussfassung: Die Vorlage wird mehrheitlich bestätigt.

Beschlusnummer: 101/07/10

Günter Rühs
Stadtpräsident

Dr. Joachim Lübbert
stellvertretender Stadtpräsident

Marion Lippold
Protokollantin